

Die voigtl. Vereins-
blätter erscheinen
wöchentlich 2 mal und
zwar Mittwochs
und Sonnabends.

Voigtländische

Subscriptionspreis
8 ngr. für das Viertel-
jahr. Insertions-
gebühren werden bil-
lig berechnet.

Vereinsblätter

aus dem Volke für das Volk.

Redaction, Druck und Verlag von Aug. Wieprecht.

**Entscheidungsgründe des Oberappellations-
gerichts, durch welche die Einstellung des
wider die Professoren Wigard und Ros-
mäyler eingeleiteten Untersuchungsverfah-
rens verfügt worden ist.**

Es ist zwar nicht zu verkennen, daß die auf den Umsturz der in Deutschland bestehenden monarchischen Regierungsformen gerichteten Beschlüsse, welche behufs gewaltsamer Durchführung der nur von einigen, nicht von sämtlichen Bundesmitgliedern anerkannten Reichsverfassung, von einem Theile der ursprünglich nach Frankfurt berufenen, verfassunggebenden Reichversammlung zu Anfang des Monats Juni dieses Jahres in Stuttgart gefaßt worden sind (stenographischer Bericht, Bd. 9, S. 6803 ff. objectiv aufgefaßt, als criminell strafbar sich darstellen; allein im vorliegenden Falle, wo es sich keineswegs um ein, dem Berufe eines Abgeordneten fremdes Verbrechen, sondern um ein hochverräterisches Complot handelt, das lediglich dadurch herbeigeführt worden ist, daß ein Theil der Nationalversammlung, in gänzlicher Verkennung der in der deutschen Verfassung liegenden Verhältnisse, bei beabsichtigter Ausführung des Verfassungswerkes einen falschen Weg eingeschlagen hat, kann die über den objectiven Thatbestand vorhandene Gewißheit das richterliche Einschreiten gegen diejenigen, im Königreich Sachsen gewählten Mitglieder der Nationalversammlung, welche an jenen, alles Maß überschreitenden Beschlüssen sich betheiligt haben, und für deren Ausführung thätig gewesen sind, nicht rechtfertigen, sondern es hängt, da Art. 4 des in Sachsen unterm 17. November 1848 bekannt gemachten Reichsgesetzes, das Verfahren im Fall gerichtlicher Anklagen gegen Mitglieder der verfassunggebenden Reichversammlung betr. vom 30. September 1848 die Bestimmung enthält:

„daß kein Abgeordneter zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung in der Reichversammlung oder wegen der bei Ausführung seines Berufs gethanen

Außerungen gerichtlich verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden dürfe“

(s. Gesetz- und Verordnungsblatt v. J. 1848 S. 269) die Entscheidung über die in Frage befangene richterliche Zuständigkeit zunächst davon ab, ob anzunehmen ist, daß der verfassunggebenden Reichversammlung zur Zeit der Forttagung in Stuttgart der rechtliche Boden entzogen gewesen sei, denn nur in diesem Falle ist man berechtigt, den Mitgliedern der dasigen Versammlung, als bloßen Privatpersonen, den Rathschluß zu versagen, welcher den wirklichen Mitgliedern der Reichversammlung zugesichert worden ist.

Nun hat man aber von dem formell rechtlichen Gesichtspunkte aus, d. h. von dem, welcher nicht sowohl den Inhalt der Beschlüsse zu prüfen, als vielmehr lediglich das durch das Gesetz vom 30. September 1848 den Abgeordneten eingeräumte Vorrecht ins Auge zu fassen erlaubt, der hier allein maßgebend werden konnte, die Gründe, welche für die Bejahung dieser Frage in erster und zweiter Instanz geltend gemacht worden sind, als stichhaltig nicht anzuerkennen vermocht. Denn was zuvörderst die Behauptung betrifft, daß das Tagen der Reichversammlung zu Frankfurt, ihrer Berufung durch die Bundesversammlung gemäß, zur rechtlichen Existenz dieser Versammlung wesentlich gehört habe, die letztere also einseitig und ohne Vereinbarung mit der an die Stelle der Bundesversammlung ein Ganzes bildenden Centralgewalt weder nach Stuttgart, noch an einen andern Ort habe verlegt werden können, so ist weder in dem die Wahlen für die Reichversammlung anordnenden Bundesbeschlusse vom 30. März 1848, noch in dem, über Einführung einer provisorischen Centralgewalt für Deutschland unterm 17. November 1848, in Sachsen bekannt gemachten Reichsgesetze vom 27. September (s. Gesetz- und Verordnungsblatt v. d. J. S. 267) eine Bestimmung enthalten, welche für die Zulässigkeit einer solchen Folgerung mit Recht angezogen

werden könnte. Wollte man den Worten des zuerst erwähnten Beschlusses:

„daß die Nationalversammlung am Sitze der Bundesversammlung an einem schleunigst festzustellenden möglichst kurzen Termine zusammenzutreten habe,“

wodurch offenbar weiter nichts als der erste Zusammentritt, das Versammeln der Abgeordneten in Frankfurt als dem für der damaligen Verhältnisse entsprechendsten Orte, hat fixirt werden sollen, den Sinn unterlegen, daß die Nationalversammlung nur in Frankfurt tagen dürfe, so würde dies ebenso dem Wortverstande des Gesetzes als einer richtigen logischen Interpellation entgegen sein, da nichts darauf hinweist, daß die Absicht und Willensmeinung des Gesetzgebers weiter gegangen sei, als die einen Zweifel nicht darbietenden Worte des Gesetzes ausdrücken.

Muß hinwärts auch anerkannt werden, daß, anderer politischer Rücksichten nicht zu gedenken, schon wegen der vielfachen Beziehungen, in welcher die Reichsversammlung zur Bundesversammlung und später zu der an ihre Stelle getretenen provisorischen Centralgewalt stand, diese örtliche, den Geschäftsgang erleichternde Verbindung nicht ohne dringende Veranlassung hätte aufgegeben werden sollen, so ist doch in diesem örtlichen Verhältnisse die rechtliche Existenz der Nationalversammlung nicht abhängig gemacht worden und ebensowenig steht zu erwarten, daß die letztere ihrer Aufgabe, das Verfassungswerk zwischen den Regierungen und dem Volke zu Stande zu bringen, an einem andern Orte, als in Frankfurt, gar nicht habe nachkommen können.

Hierzu kommt, daß selbst die provisorische Centralgewalt, die noch zunächst berechtigt und verpflichtet gewesen wäre, der Nationalversammlung bei dergleichen, außer ihrer Machtvollkommenheit liegenden Schritten, entgegenzutreten, denn über die Sitzverlegung am 30. März und 30. Mai 1849 gefaßten Beschlüssen nicht widersprochen hat, obgleich bei der Verhandlung über den von den Abgeordneten Simon von Trier und Genossen gestellten Antrag:

„das Präsidium zu ermächtigen, zu jeder Zeit und an jedem Orte, welche es zu wählen für zweckmäßig erachte, Sitzungen der Nationalversammlung anzuberaumen,“

(stenographischen Berichte Bd. 8, S. 6347 ff.) der Reichsministerpräsident v. Gagern zugegen war, und vor Ausführung des letzteren Beschlusses:

„die nächste Sitzung auf Einladung des Bureau's in Stuttgart stattfinden zu lassen“

(stenographischer Bericht Bd. 8 S. 6781 ff.) die provisorische Centralgewalt sogar aufgefordert worden ist, sich ebenfalls dahin zu begeben. Hierbei kann füglich dahingestellt bleiben, welche Gründe die provisorische

Centralgewalt zu diesem passiven Verhalten bestimmt haben mögen, so viel ist doch gewiß, daß die der beabsichtigten Verlegung zustimmenden Abgeordneten keine Veranlassung hatten, demselben eine ihrer Absicht entgegenstehende Deutung zu geben.

Hat man demnach in der Veränderung des Sitzes weder an sich eine der organischen Einrichtung und der wesentlichen Bestimmung der Nationalversammlung widerstrebende Maßregel, noch in der ohne Widerspruch von Seiten der provisorischen Centralgewalt erfolgten Beschlußnahme über diesen Gegenstand eine Ueberschreitung des der Nationalversammlung angewiesenen Wirkungskreises erblicken können, und ist auch, nach dem, wie die über die Beschlußfähigkeit enthaltene Bestimmung §. 18 der unterm 29. Mai 1848 mit Vorbehalt angenommenen Geschäftsordnung, (stenographischen Bericht, Bd. 1. S. 164 und 173) in Gemäßheit dieses Vorbehaltes durch die Beschlüsse vom 30. April und 24. Mai 1849 abgeändert worden ist, (stenographischen Bericht Bd. 8. S. 6347 ff. und Bd. 9. S. 6700. 6706. 6712. und 6725.) gegen die formelle Gültigkeit der Beschlüsse vom 30. März 30. Mai 1849 und den zu Folge derselben in beschlußfähiger Anzahl erfolgten Zusammentritt der Versammlung in Stuttgart etwas nicht einzuwenden, so ergibt sich, daß aus dem angeführten Umstände ein Grund nicht hergeleitet werden kann, den Abgeordneten, welche dem Rufe nach Stuttgart gefolgt sind, und an den daselbst gepflogenen Verhandlungen Theil genommen haben, den Schutz abzusprechen, welcher rücksichtlich der Abstimmung und der bei Ausübung ihres Berufs gethanen Äußerungen, allen Abgeordneten ohne irgend eine Einschränkung zugestanden worden ist.

Sind auch ferner die Gründe, durch welche diejenigen die Verfassung nicht anerkennenden deutschen Regierungen, denen, nachdem in des von der Nationalversammlung am 11 April 1849 gefaßten Beschlusses:

„an der einmal aufgestellten deutschen Verfassung unverbrüchlich zu halten:

(stenograph. Bericht Bd. 8. S. 6142 ff.) jede Aussicht, mit der Nationalversammlung zu einer Vereinbarung zu gelangen, benommen war, bestimmt worden sind, daß Mandat der in ihren Staaten gewählten Abgeordneten für erloschen zu erklären, vom politischen Standpunkte aus nur zu billigen, weil bei dem Mangel einer Vorbestimmung für den Fall einer sich nöthig machenden Auflösung der Nationalversammlung, diesen Regierungen, zu Abwehr gegen deren ihre Selbstständigkeit und Souveränität gefährdende Uebergriffe, kein anderer, als dieser indirect zu einer Auflösung führende Ausweg offen stand, so können doch diese gebotenen politischen Rücksichten hier nicht den Ausschlag geben, sondern es fragt

sich, ob die Abgeordneten, welche durch ihre Regierungen zur sofortigen Niederlegung ihres Mandats aufgefordert worden sind, auch nach rechtlichen und staatsrechtlichen Grundsätzen gehalten waren, dieser Aufforderung ohne Weiteres zu folgen.

Sieht man aber, was diese Frage anbelangt, auf den Beruf der zur verfassungsgebenden Reichsversammlung nach Frankfurt gewählten Abgeordneten und die, in Folge desselben, der Nationalversammlung, als Vertreterin des gesammten deutschen Volks, angewiesene Stellung, den einzelnen deutschen Regierungen gegenüber, so kann man der von einigen der letztern ausgegangenen Abberufung unmöglich eine rechtlich verbindende Kraft beilegen und den durch die Abberufung betroffenen Abgeordneten daraus, daß sie diese Aufforderung unbeachtet gelassen haben, vom rechtlichen Standpunkte aus, einen Vorwurf machen, zumal da nicht bloß die Nationalversammlung selbst dieser Vollmächts-Zurückziehung jede Wirkung abgesprochen hat (Stenograph. Bericht Bd. 9. S. 6601 flg. 6696 flg. und 6766 flg.), sondern auch die provisorische Centralgewalt von dieser Ansicht ausgegangen zu sein scheint, weil sie außerdem wohl gegen die fernere Betheiligung der abberufenen Deputation an der Berathung und Beschlusnahme Widerspruch erhoben haben würde.

Es fragt sich übrigens gar sehr, ob bei dem zum Austritt auffordernden Erlassen überhaupt die Absicht dahin gegangen ist, der Selbstbestimmung der Abgeordneten Zwang an zu thun. Es war für die Regierungen, welche, wie die sächsische, über das Verfassungswerk mit der Nationalversammlung in einen nicht zu beseitigenden Conflict gerathen waren, eine ganz unbeweisliche Pflicht, dahin zu wirken, daß kein ihrer Landeshoheit unterworfenen Abgeordneter an den Verhandlungen und Beschlüssen der Nationalversammlung sich ferner betheiligen. Die Mittel, welche zu diesem Zwecke dienlich schienen, durften die Regierungen nicht unangewendet lassen, allein hierbei konnten sie wohl von der Voraussetzung ausgehen, daß — wie auch der Erfolg gezeigt hat — schon eine offene Darlegung des Sachverhältnisses hinreichen werde, ihrer Aufforderung, wenn auch nicht allgemein, doch bei dem größeren, besonneneren Theile Eingang zu verschaffen. Die betreffenden Abgeordneten sollten von der Nothwendigkeit ihres Austritts überzeugt, nicht wieder ihre Ueberzeugung, durch Anwendung obrigkeitlicher Autorität zu diesem Schritte gedrängt werden. Für diese Auslegung spricht ebenso die äußere Form des Erlasses, als das, was zu dessen Motivirung besonders geltend gemacht worden ist.

Könnte nach Alledem die zur Entscheidung gestellte Frage noch als zweifelhaft angesehen werden, so würde man dennoch wegen der Art. 68 des Criminalgesetzbuchs

enthaltenen Bestimmung sich bewogen finden, weiteren Vorschriften gegen die Beschuldigten Einhalt zu thun. Denn eine unrichtige Vorstellung in Ansehung derjenigen Eigenschaften von Personen, Sachen und Handlungen, wodurch der Thatbestand eines in Frage befangenen Verbrechens bedingt ist, schließt die Zurechnung zwar nicht unbedingt, aber doch dann aus, wenn für die Annahme, daß ein solcher, einer gesetzwidrigen That zum Grund liegender Irrthum nicht habe eingesehen werden können, überwiegende Gründe vorhanden sind. Nun wird aber kaum Jemand, der die Eigenthümlichkeit der die verschiedenste Benrtheilung zulassenden Umstände ins Auge faßt, welche bei der That, die den Angeschuldigten zur Last gelegt wird, vorgewaltet haben, soweit gehen wollen, den Irrthum, in welchem die Letzteren über ihre Stellung und ihre Befugnisse befangen gewesen sind, für einen verschuldeten zu erklären. Man wird vielmehr zugestehen müssen, daß da eine Auflösung der deutschen Nationalversammlung als solcher bis zum 6. Juni d. J. nicht erfolgt war, dieselbe vielmehr durch ihren formell wenigstens nicht ungiltigen Beschluß vom 25. Mai 1849 (Stenograph. Bericht Bd. 8. S. 6076 und 6083) ihre Permanenz bis zum Zusammentritt des Reichstags erklärt, die Verlegung des Sitzes von Frankfurt nach jedem andern Orte und namentlich nach Stuttgart, vorgesehen und der Rest des Parlamentes sich in beschlußfähiger Anzahl bis zu dem Augenblick seiner gewaltsamen Auflösung erhalten hatte, die Beschuldigten wohl Veranlassung hatten, sich noch als Abgeordnete der verfassungsgebenden Reichsversammlung und als solcher unter dem Schutze des Gesetzes vom 30. Septbr. 1848 stehend zu betrachten.

Tagesgeschichte.

Dresden den 2. Febr. — Auch heute schweigen wir über die Kammerverhandlungen. Was sollen wir von Leuten sprechen, deren Mehrzahl keine Macht der Sprache, keine Kenntnisse zur richtigen Opposition, keine Willenskraft und keinen Muth besitzt, das dem Volke wenigstens zu erhalten, was ihm im März 1848 versprochen worden ist. Die Rücksichtsmännchen, die wir hier aller Orten erblicken, sitzen auch dort. Sie bewilligen Alles, was ihnen von einem freundlichen Gesichte unter der Maske der Aufrichtigkeit abverlangt wird.

Berlin den 5. Febr. Morgen den 6. soll die Verfassung beschworen werden. Wir sagen „soll“, weil wir etwas ungläubig geworden sind. Der Sinn eines Menschen kann sich heut zu Tage schnell „über Nacht“ ändern. Es ist dies auch gar keine auffallende Sache mehr, und Vielen ist es schon gerade recht. Sie sagen: Warum sollen wir nur an ein gegebenes Wort gebun-

den sein, da die Großen nie ihr Wort halten. Wohin wird eine solche Moral am Ende führen? Zur Auflösung aller gesicherter gesellschaftlichen Zustände! Und wer trägt davon die Schuld? Etwa das Volk? Nun und nimmermehr. Eben so wenig wie im Jahre 1789 in Frankreich das französische Volk moralisch verdorben war. Nein, der Hof, die Camarilla, die Mächtigen dieser Erde waren es, welche durch ihr niederträchtiges Beispiel und durch ihren schlechten Wandel die Revolution hervorgerufen haben.

Nach Erfurt wollen immer noch einzelne der armen Dreikönigsbündler gewählt haben. Sie sind noch nicht klüger geworden, obschon sie tagtäglich die Erfahrung machen müssen, daß beinahe nirgends eine Wahl zu Stande kommt. Am Rheine ist es vorgekommen, wo ein einziger Wähler erschien, sich selbst wählte, aber zugleich zu Protocoll gab, daß er im Princip gegen die Wahl sei. Diese Handlungsweise kann man recht gut mit dem Ausdruck: activpassiver Widerstand bezeichnen.

Von München aus wird uns durch Privatmittheilung die Nachricht zu theil, daß die Zolleinigung zwischen Oestreich und den übrigen deutschen Staaten bereits so viel als gewiß anzunehmen sei. — Nun es wäre diese Vereinigung doch ein Trost in trüber Zeit, obschon eine solche Einigung allein das materielle Wohlfühlen der Völker nicht ausmacht und für die Dauer sichert.

In Wien hat eine Anzahl „guter ruhiger Bürger“ dem Feldmarschall Fürsten Windischgrätz einen goldenen Vorbeerfranz verfertigt und vor einigen Tagen durch eine Deputation sammt einer Dankadresse überreichen lassen. Der Fürst hat bei dieser Gelegenheit die Menschen in drei Klassen getheilt, in ruhige Bürger, in Versührte und Communisten. — Alle die die Verbesserung der menschlichen Zustände wollen, sind die Versührten. — Nun es ist dies die bekannte Sprache der Reaction und darüber mit keinem Worte mehr zu rechten.

Aus Paris hat die Herzogin von Orleans die besten Nachrichten erhalten. Die orleanistische Parthei gedenkt baldigst loszuschlagen und hofft zu siegen. — Die Socialisten werden es aber nicht dahin kommen, noch viel

weniger den Grafen von Paris als König sich aufdringen lassen.

Gedankenspane.

Die „Enthüllungen“, welche jüngst Herr E. Hadam im Voigtländischen Anzeiger über den regelmäßig unregelmäßigen Gang unserer Stadtuhr gemacht hat, haben ohne Zweifel bei allen bei der Sache betheiligten Personen nicht weniger Staunen und Unwillen erregt, als so manche andere Enthüllungen unsrer Tage in ihren Kreisen. Also, um etwaige Nachlässigkeit weniger Reisenden für diese selbst möglichst unschädlich zu machen, muß die ganze Stadt Plauen mit ihren 12000 Einwohnern, die entweder nicht mit der Eisenbahn verreisen, oder wenn sie das thun, sich durch Pünktlichkeit vor Nachtheilen zu schützen wissen werden, mit ihren zahlreichen Beamten und Lehranstalten, für welche Ordnung in der Tageseinteilung das größte Bedürfnis ist, fortwährend über die wahre Zeit in Ungewisheit bleiben? muß täglich, ja wohl gar an einem Tage mehrmals der Gang der Stadtuhr geändert werden? Ist denn wirklich eine so horrende Konfusion in der Zeiteinteilung die nothwendige Zugabe zu dem Glücke, in der Nähe einer Eisenbahn zu wohnen? Man sollte doch eher das Gegentheil erwarten, auch hört man nicht die gleiche Klage von Leipzig und andern Orten, wo Bahnhöfe sind. Indes sollte auch wirklich Jemand ein so sonderbares Verlangen nach Unordnung an unsere oberste Zeitregulirungsbehörde gestellt haben, und solches Ansinnen nicht sofort von dieser selbst energisch und entschieden zurückgewiesen worden sein, wie man aus dem Schweigen der genannten Personen schließen könnte; gerechtfertigt hat sich Herr E. Hadam nach unserer Meinung nicht. Denn wer die Regulirung einer Stadtuhr übernimmt, der darf, um seiner eignen Reputation willen, sich nicht durch obrigkeitliche Verordnungen die Zeit octroyiren lassen, so lange er nicht die Gewisheit hat, daß Sonne, Mond und Sterne den octroyirten Gesetzen sich willig fügen werden.

Bekanntmachung.

Alle hier in Arbeit stehenden Webergesellen werden ersucht, sich morgen Sonntag den 10. d. M. Nachmittag im Innungshause zum Jahresfest recht zahlreich einzufinden. Das Nähere darüber wird heute Sonnabend Abend auf der Herberge mitgetheilt werden.

Restauration zum Bahnhof.

Sonntag den 10. Februar Nachmittag Concert, frische Pfannkuchen und Kaffee, Montags Nachmittag ohne Concert frische Pfannkuchen und Kaffee, Abends Portionweise Suppe,

Leuthahn gefüllt,
Karpfen u. s. w.
wozu ergebenst und gehorsamst einladet

Carl Sammerschmidt.

Stadttheater in Plauen.

Unterzeichneter erlaubt sich ein hochgeehrtes Publikum zu seiner am Sonntag den 9. Febr. stattfindenden Benefiz-

vorstellung einzuladen. Aufgeführt wird: Die Schleihändler. Lustspiel in 4 Akten von Raupach. Hierauf: Eiseles und Beiseles Gaschhaus-Abenteuer in Plauen. Schwank in 1 Akt. Aus besonderer Gefälligkeit für Unterzeichneten haben Herr Fried. u. Herr Ad. Rollen im letztern Stücke übernommen. Jos. Fortner.

Kommenden Dienstag, den 12. Februar 1850

II. Abonnement-Concert

in der Gesellschaft Verein der Freundschaft (Weber-Innangshaus zu Plauen.) Anfang 8 Uhr. Entree 2½ Ngr. Das Directorium.

Unterzeichneter hält es für seine Pflicht, dem geehrten Publikum anzuzeigen, daß alle Diejenigen, welche noch Forderungen an mich oder meine Mitglieder zu haben vermeinen, dieselben bei meinem Bevollmächtigten, Herrn Advokat Grimmel alhier, bis Mittwoch den 13. Februar anzuzeigen, und durch denselben die näheren Bestimmungen zu gewärtigen haben, indem ich für spätere Anzeigen nicht garantire. Plauen d. 9. Febr. Ferdinand Voigt, Director des II. Theaters in Dresden.